

Zukunft nationaler und internationaler Sportgroßveranstaltungen

Statement von Transparency International Deutschland e.V. zur Anhörung des Sportausschusses des Deutschen Bundestags am 26. September 2022

Vorbemerkung

In Zeiten großer (geo-)politischer, ökonomischer und sozialer Unsicherheit ist es mutig, aber auch dringend nötig, die Zukunft von Sportgroßveranstaltungen auf die Tagesordnung zu setzen. Dies gilt insbesondere, wenn – was die Liste der Sachverständigen nahelegt – vorrangig über eine deutsche Olympiabewerbung diskutiert werden soll. Dabei muss die Debatte so schnell wie möglich auch außerhalb des Sports und über den Sport hinaus stattfinden, d.h. weitere gesellschaftliche Bereiche in einem breit angelegten Stakeholder-Prozess mit einbeziehen. Zuvor allerdings haben Sportorganisationen und Sportpolitik einige Hausaufgaben zu erledigen, auf die sich diese Stellungnahme deshalb fokussiert.

1. Rückkehr zur Olympischen Idee

Die Akzeptanz von Sportgroßveranstaltungen in der Bevölkerung setzt einen offenen, selbstkritischen Umgang mit Fehlentwicklungen im internationalen und nationalen Sport unter Einbeziehung aller Ebenen des Sports voraus.

Die „Fundamentalen Prinzipien“ der Olympischen Charta definieren Olympismus als „eine Lebensphilosophie, die in ausgewogener Ganzheit die Eigenschaften von Körper, Wille und Geist miteinander vereint und überhöht. Durch die Verbindung des Sports mit Kultur und Bildung sucht der Olympismus, einen Lebensstil zu schaffen, der auf der Freude an Leistung, auf dem erzieherischen Wert des guten Beispiels, der gesellschaftlichen Verantwortlichkeit sowie auf der Achtung universell gültiger fundamentaler moralischer Prinzipien aufbaut.“

Die Olympischen Spiele sind lediglich der „Höhepunkt im Zusammenbringen der Athleten der Welt zu dem großen Fest des Sports“, in dem der Olympismus seinen weltweiten Ausdruck findet.

Das Vertrauen in die Olympische Bewegung ist in den vergangenen Jahrzehnten angesichts vielfältiger Defizite im internationalen Sport und in Austragungsländern – Verletzung von Menschenrechten, Korruption, Doping, Manipulation, politische Instrumentalisierung, Gigantismus – grundlegend erschüttert worden. Auch der deutsche Sport hatte mit Skandalen zu kämpfen und brachte sich kaum in die internationale Debatte ein.

Dies hat in Deutschland zu einer Entfremdung vom Spitzensport, vor allem aber zu einer Ablehnung des IOC und der internationalen Sportverbände geführt. Die deutschen Sportorganisationen haben dies durch Distanzierung vom IOC noch unterstützt, statt aktiv international für eine Behebung der Defizite und eine Neubesinnung auf die Inhalte des Olympismus einzutreten. Reformen auf internationaler Ebene wurden in Deutschland nicht

oder nur eingeschränkt zur Kenntnis genommen. Noch im Winter 2022 haben führende deutsche Sportfunktionäre angesichts der Olympischen Winterspiele und Paralympics in Beijing neue Vergabekriterien des IOC gefordert, obwohl diese bereits 2017 grundlegend geändert wurden. Das frühere Vergabeverfahren ist zudem inzwischen von einem längeren Dialogprozess mit interessierten Bewerbern abgelöst worden.

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB), 2006 entstanden durch die Fusion von Deutschem Sportbund und Nationalem Olympischen Komitee, hat es nicht geschafft, Verständnis für die Olympische Idee als Grundlage auch für den Breitensport zu entwickeln und dies im Bewusstsein des Sports sowie der Öffentlichkeit zu verankern. Das Fehlen einer starken Debattenkultur über diese Zusammenhänge schwächt den DOSB intern und extern.

Wenn Deutschland international im Sport eine Rolle spielen und insbesondere positive Veränderungen herbeiführen will, sind substanzielle Beiträge des DOSB und seiner Mitgliedsorganisationen, insbesondere der deutschen Vertreterinnen und Vertreter in internationalen Gremien des Sports, zur Auflösung des Widerspruchs zwischen Olympischer Idee und den Olympischen Spielen notwendig. Dazu muss der deutsche Sport nicht nur auf der Höhe der internationalen Debatte sein, sondern auch sich selbst entsprechend aufstellen. Das geht nur, wenn die derzeitige Beschäftigung mit einzelnen isolierten Aspekten der Sportentwicklung zusammengefasst und sodann Themen daraus priorisiert werden.

Zudem sollten auch die Profiligen, allen voran die Deutsche Fußball-Liga, ihre Nachhaltigkeitspolitik beschleunigen und über die bisherigen zaghafte Schritte hinaus menschenrechtliche Verantwortung übernehmen.

Maßnahmen:

- Bestandsaufnahme zu Governance, Nachhaltigkeit und Menschenrechtskonzepten im Sport national und international
- Beschleunigung der Entwicklung von Good Governance und Menschenrechtskonzepten in deutschen Sportverbänden, auch durch entsprechende Förderkriterien im Bund und in den Ländern
- Verbindung und Strukturierung der Diskussion über Sportgroßveranstaltungen, die Stellung des Spitzensports, Safe Sport, Governance, Nachhaltigkeit, Menschenrechte, Bewegungsgipfel...
- Umfassende Anforderungen an Governance, Nachhaltigkeit und Menschenrechte für Profiligen und kommerzielle Sportveranstaltungen
- Sicherstellung einer transparenten Berichterstattung und externer Evaluation der Umsetzung

2. Neubestimmung der Rolle der Olympischen Bewegung

Ein Beitrag des Olympismus zu Frieden und Völkerverständigung ist nur auf der Basis erweiterter Handlungsoptionen möglich.

Die Welt hat angesichts zunehmender Repression in China und des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine schmerzhaft erkennen müssen, dass weder „Wandel durch Handel“ noch „Annäherung durch Sport“ ein Automatismus ist. Im Gegenteil – es entstehen Abhängigkeiten sowie das Risiko der Instrumentalisierung bis hin zur Komplizenschaft, wenn internationaler Handel und Sportgroßveranstaltungen nicht eingebettet sind in eine langfristige Strategie unter Anerkennung geopolitischer Realitäten, aber mit einer klaren Haltung zu Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Olympische Bewegung hat nur zögerlich und inkonsequent auf das systematische Unterlaufen der

Dopingkontrollen mit Unterstützung staatlicher Stellen in Russland bei den Olympischen Winterspielen in Sochi 2014 reagiert. Im Nachhinein kann die eklatante Missachtung geltender Regeln durch die russischen Institutionen des Staats und des Sports als Vorbote der Verletzung des Völkerrechts beim Angriff auf die Ukraine gesehen werden.

Neutralität gegenüber politischen Konflikten bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen in vielen Ländern und die Möglichkeiten des Sports, trotzdem den Dialog aufrecht zu erhalten, als verbindende Kraft zu wirken und zu Völkerverständigung und Frieden beizutragen, sind zwei Seiten einer Medaille. Sie stürzen die Sportorganisationen in einer multipolaren Welt jedoch in ein Dilemma. Nicht immer hilft der Olympic Truce wie beim Angriff auf die Ukraine als Krücke, um unumgängliche Entscheidungen gegen eine aggressive Großmacht formal zu legitimieren. Die Olympische Bewegung wird nicht darum herumkommen, die eigenen Handlungsoptionen zu erweitern und Regeln für den Umgang mit schwerwiegenden Verletzungen des Völkerrechts und/oder der Menschenrechte zu entwickeln. Nur so lässt sich in Zukunft das in der Olympischen Charta genannte „Ziel des Olympismus“, „den Sport in den Dienst der harmonischen Entwicklung der Menschheit zu stellen, um eine friedliche Gesellschaft zu fördern, die der Wahrung der Menschenwürde verpflichtet ist“, glaubwürdig vertreten.

Bislang spielt Deutschland in internationalen Zusammenhängen der Sportpolitik allenfalls eine untergeordnete Rolle. Instrumente wie die OECD-Guidelines und die UN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sollten die Basis bieten, eine eigenständige „Sportaußenpolitik“ zu entwickeln, die auch die geopolitischen Bedingungen in den Blick nimmt.

Maßnahmen:

- Entwicklung eines ressortübergreifenden Konzepts zur aktiven Gestaltung
 - der Mitgliedschaft der Bundesregierung im Centre for Sport and Human Rights,
 - der Vorbereitung der MINEPS VII im Jahr 2023,
 - der Mitarbeit in der International Partnership Against Corruption in Sport (IPACS);
- Unterstützung für deutsche Bewerbungen um Veranstaltungen und Kandidaturen für internationale Gremien nur bei Einhaltung von Vorgaben der Compliance, Nachhaltigkeitsstandards, umfassende Stakeholder-Beteiligung sowie den UN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte durch die jeweiligen Sportorganisationen
- Übernahme von Verantwortung Deutschlands für internationale Kooperation sowie Governance, Nachhaltigkeit und Menschenrechte im Sport, zum Beispiel aktiv bei Gipfeltreffen (G7, G 20), innerhalb der Europäischen Union und anderen internationalen Gremien/Zusammenkünften

3. Die Jugend der Welt im Blick

Die Zukunft von Sportgroßveranstaltungen ist eng mit der Zukunft der Jugend der Welt verknüpft.

Der Tradition entsprechend ruft der IOC-Präsident jeweils am Ende Olympischer Spiele die Jugend der Welt auf, sich in vier Jahren bei den nächsten Spielen zu treffen. Doch um die Jugend der Welt ist es schlecht bestellt. Hohe Arbeitslosigkeit und daraus resultierende Perspektivlosigkeit kennzeichnen die Lage in vielen Ländern der Welt. Im Westen sieht sich ein Teil der jungen Menschen als „letzte Generation“ und kämpft verzweifelt um den Erhalt

der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit, während ihre Altersgenossen in anderen Regionen der Welt durch Dürre, Fluten und daraus resultierende Hungersnöte schon jetzt kaum Überlebensperspektiven haben. Der Global Risk Report 2021 des World Economic Forum beklagt die durch die Pandemie verstärkte Ungleichheit und den Verlust von Bildung insbesondere digital abgehängter Kinder in Entwicklungsländern mit überproportionalem Anteil unter 25-Jähriger. Die damit einhergehende Desillusionierung der Jugend führt zu Hoffnungslosigkeit und weiteren Migrationsbewegungen. Energie- und Lebensmittelkrise, Rezession und Inflation verschärfen die Situation.

Das Olympic Solidarity Programm des IOC sowie das Refugee Team bieten der Jugend der Welt zumindest symbolisch gleiche Chancen auf Teilhabe. Dagegen sind die Youth Olympic Games bislang mehr ein Marketinginstrument als eine Antwort auf existentielle Herausforderungen. Mit den Youth Olympic Games 2026 in Senegal, der ersten IOC-Veranstaltung in Afrika, könnte eine Trendwende eingeleitet werden. Ein signifikanter Beitrag aus Deutschland hierzu wäre ein wichtiges Signal.

Neben dem Kampf gegen Bewegungsarmut, Übergewicht und ungleiche Bildungschancen im eigenen Land muss der solidarische Beitrag für Kinder und Jugendliche weltweit eine entscheidende Rolle in der deutschen Außen-, Entwicklungs-, Wissenschafts-, Kultur-, Gesundheits- und Sportpolitik spielen. Einen Schwerpunkt sollten dabei Maßnahmen für Athletinnen und Athleten bilden, wie es national durch die Unterstützung für den Verein Athleten Deutschland bereits geschieht.

Maßnahmen:

- Unterstützung der Youth Olympic Games 2026 in Dakar durch die Bundesregierung und den DOSB, insbesondere im Hinblick auf die menschenrechtliche Situation von Kindern und Jugendlichen – als Beispiel für mögliche Ansätze auch in anderen Ländern
- Ausbau der sportlichen Jugendbildung als Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit
- Entwicklung internationaler Programme zur Bedeutung der Einhaltung von Regeln im Sport als Beispiel für Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung in anderen Lebensbereichen – unter Einbeziehung von Sextortion und der Prävention sexualisierter Gewalt

4. Transformation von Sportgroßveranstaltungen

Die durch den Kampf gegen den Klimawandel und die geänderte geopolitische Situation unerlässliche Transformation aller Lebensbereiche führt auch zur umfassenden Transformation von Sportgroßveranstaltungen.

Dabei geht es nach den bereits erfolgten Reformen im internationalen Sport in den kommenden Jahren um deren Umsetzung in die Praxis bei Sportgroßveranstaltungen und die Bewährung der Instrumente für Governance, Nachhaltigkeit und die Achtung der Menschenrechte auch in konkreten Dilemmasituationen.

Darüber hinaus werden Olympische Spiele und der internationale Wettkampfkalender einen völlig neuen Charakter erhalten, wenn CO₂-Neutralität, Einschränkungen von Fernreisen, Anforderungen an Athletinnen und Athleten durch zunehmende Hitze und die Scherung der globalen Teilhabe am internationalen Sport mit den ökonomischen und sozialen Herausforderungen des Klimawandels in Balance gebracht werden müssen.

Die Durchsetzung von Good Governance, Nachhaltigkeit und der Achtung der Menschenrechte bei Sportgroßveranstaltungen erfolgt nicht von heute auf morgen, sondern

erfordert teils langfristige Veränderungsprozesse mit vielen Einzelmaßnahmen. Es gibt keine fertigen Rezepte, ein gemeinsames Lernen bleibt unabdingbar. In Unternehmen gehört die systematische Einbeziehung einer breiten Palette von Stakeholdern einschließlich Nicht-Regierungsorganisationen inzwischen zu Nachhaltigkeits- und Menschenrechtskonzepten unabdingbar dazu. Dies erweitert den Informationsstand zu Risiken und hilft, passgenaue Lösungen zu entwickeln. Die Sport and Rights Alliance, von Transparency Deutschland 2015 mitgegründet, setzt sich für einen entsprechenden Ansatz der Partizipation im Sport ein. Bislang scheuen internationale und nationale Sportorganisationen jedoch oft noch davor zurück, die Zivilgesellschaft auf Augenhöhe einzubeziehen.

Diese sportspezifische Selbstgenügsamkeit zeigt sich auch in Deutschland, was die Entwicklung von Konzepten erschwert. Die von der Bundesregierung im März 2021 vorgestellte Nationale Strategie Sportgroßveranstaltungen wies erhebliche Defizite auf, nachdem wichtige Prinzipien wie „Do no harm!“ kurzfristig aus den Entwürfen wieder gestrichen worden waren. Das Ergebnis blieb dadurch hinter den international schon damals akzeptierten Standards zurück. Aktuell läuft selbst die Vorbereitung der UEFA EURO 2024 im Hinblick auf ein Menschenrechtskonzept noch schleppend, zur Universiade 2025 in Nordrhein-Westfalen sind dazu gar keine Überlegungen bekannt. Bevor Deutschland Anforderungen an die internationalen Sportorganisationen stellt, sind daher zunächst entsprechende Maßnahmen im eigenen Land nötig.

Maßnahmen:

- Die UEFA EURO 2024 als „Best Practice“ für Transparenz, Nachhaltigkeit einschließlich Stakeholderbeteiligung und Menschenrechte kurzfristig deutlich voranbringen
- Menschenrechtskonzept mit bundesweiter Stakeholderbeteiligung für die Universiade 2025 in Nordrhein-Westfalen
- Grundlegende Überarbeitung oder Neufassung der im März 2021 vorgestellten Nationalen Strategie Sportgroßveranstaltungen

Kontakt

Sylvia Schenk

Leiterin der Arbeitsgruppe Sport von Transparency International Deutschland e.V.

office@transparency.de

+49 30 54 98 98 0

Berlin, 19. September 2022